

Stromnetz bis zu hundertmal im Jahr tot? Die neuen Zweifel am frühen Kohleausstieg

Welt, 14.03.2024, Michael Gassmann

Katherina Reiche, Chefin des größten Verteilnetzbetreibers Deutschlands, warnt vor enormen Versorgungslücken im Stromnetz angesichts eines Kohleausstiegs bis 2030. In einem bestimmten Szenario seien bis zu hundert Abschaltungen im Jahr möglich, die bis zu 21 Stunden dauern könnten.

In der Energiewirtschaft wachsen die Zweifel, dass ein Ende der Kohleverstromung bis 2030 in Deutschland technisch möglich ist, ohne die Sicherheit der Stromversorgung in Gefahr zu bringen. Davor warnte die Chefin des Netzbetreibers Westenergie, Katherina Reiche, nun in Düsseldorf.

Auf der Basis von Wetterdaten der letzten 30 Jahre und der in sechs Jahren voraussichtlich verfügbaren Produktionskapazitäten drohten nach einem bestimmten Szenario im Januar 2030 massive Versorgungslücken mit Stromabschaltungen zwischen einer und zehn Stunden, sagte Reiche vor der „Wirtschaftspublizistischen Vereinigung“. Im Jahresverlauf könne es in dunklen, windstillen Phasen bis zu hundertmal zu Phasen der Unterversorgung kommen, die bis zu 21 Stunden dauern könnten.

Dies sei für ein Industrieland wie Deutschland nicht hinnehmbar. „Es kann sein, dass wir den Kohleausstieg etwas verschieben müssen“, so Reiche. Westenergie versorgt rund acht Millionen Menschen im Westen Deutschlands mit Strom, Gas, Wasser und Internet. Mit einem Stromnetz von fast 200.000 Kilometern Länge gilt die Eon-Tochter als größter Verteilnetzbetreiber des Landes.

Nach dem geltenden Kohleausstiegsgesetz soll die Verbrennung von Kohle in deutschen Kraftwerken bis spätestens 2038 beendet werden. Die Ampel-Regierung hatte sich jedoch darauf geeinigt, dass der Kohleausstieg „idealerweise“ bis zum Ende des Jahrzehnts erfolgen solle, um einen größeren Beitrag zur Reduzierung der Erderwärmung zu leisten.

Doch auch in der Politik wurden zuletzt Stimmen gegen einen vorzeitigen Absprung aus der Kohle laut. Ende Februar forderten drei ostdeutsche Ministerpräsidenten die Bundesregierung auf, das Zieldatum 2030 in diesem Zusammenhang zu streichen.

Ein weiteres Festhalten daran verhindere eine sichere Planung für die Energieversorgung, argumentierte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). Auch die Ministerpräsidenten aus Sachsen und Sachsen-Anhalt, ebenfalls Kohleförderländer wie Brandenburg, wandten sich gegen einen frühen Ausstieg. Dagegen hat sich die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen mit dem RWE-Konzern auf ein Ende der Förderung im Rheinland, dem größten Braunkohlerevier Europas, bereits für das Jahr 2030 verständigt.

Die Ex-Politikerin Reiche, die früher für die CDU im Bundestag saß und später Chefin des Stadtwerke-Verbandes VKU wurde, warnte in Düsseldorf davor, in der Bevölkerung übertriebene Klima-Ängste zu schüren: „Die Politik darf nicht den Eindruck erwecken, dass nach einem bestimmten Datum die Welt untergeht.“ Die

Bundesregierung müsse vielmehr von ihrer teils verwendeten „Panik-Rhetorik“ wegkommen.

Die Partei der Grünen pocht indes auf das frühe Ausstiegsdatum. „Wir Grüne im Bundestag wollen den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen“, heißt es auf der Website der Fraktion. Nach dem Willen der Regierungsparteien soll der Anteil von Strom aus Wind und Sonnenenergie bis zu diesem Zeitpunkt auf 80 Prozent. Gegenwärtig ist es gut die Hälfte.

Auch Umwelt-Organisationen drängen auf ein Festhalten an einem möglichst raschen Ausstieg. „Nur so können die deutschen Klimaziele erreicht und die Energiewende vollzogen werden. Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben!“, appelliert der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) an die politisch Verantwortlichen und spricht von einer „riesigen Klimaschutzlücke“. Die Versorgungssicherheit werde durch das Eiltempo nicht gefährdet.

Einige Analysen sehen verlässliche Stromversorgung grundsätzlich in Gefahr

Zu der Frage, ob die deutsche Energiewirtschaft den Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Gas tatsächlich innerhalb weniger Jahre problemlos bewältigen kann, ist eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen und Auftragsstudien erstellt worden – mit unterschiedlichen Ergebnissen. Einige Analysen halten das Ziel für erreichbar unter hohen Kosten, andere sehen die Verlässlichkeit der Stromversorgung in Deutschland grundsätzlich in Gefahr.

Ein Argument der Skeptiker: Mit dem Ukraine-Krieg sei ein wichtiger Baustein der ursprünglichen Berliner Energiestrategie zerbröselt. Gaskraftwerke sollten danach die wegfallenden Kohle-Kapazitäten ersetzen, zunächst betrieben mit russischem Erdgas, später mit klimaneutral erzeugtem Wasserstoff. Doch seit der Einstellung der russischen Gaslieferungen ist auch dieser Rohstoff tendenziell knapp geworden, ein schnelles Hochfahren bei der klimaneutralen Wasserstofferzeugung bleibt äußerst ungewiss.

Eine Analyse im Auftrag des britischen Beratungsunternehmens Cornwall Insights verwies kürzlich zudem darauf, dass sich auch der Finanzspielraum der Bundesregierung für die Unterstützung von Gaskraftwerken verengt hat. Doch ohne Subventionen sind diese Stromerzeuger nach Angaben aus der Branche nicht rentabel zu betreiben.

Fest steht, dass die Energiewende noch enorme Geldsummen verschlingen wird. Bis 2050 seien Investitionen von rund fünf Billionen Euro notwendig, um Deutschlands Klimaneutralität zu erreichen, sagte Reiche unter Berufung auf Daten des Prognoseinstituts und der bundeseigenen KfW-Bank.

Davon entfalle der Großteil auf die Bereiche Mobilität, Industrie und Energie. Hauptsächlich durch die Elektrifizierung des Autofahrens (per E-Auto) und des Heizens (per Wärmepumpe) werde die Stromnachfrage auf absehbare Zeit um jährlich zwei bis drei Prozent zulegen.

Die Netze in den Wohn- und Gewerbegebieten seien aber größtenteils noch nicht darauf ausgelegt, derart hohe Leistungen zu übertragen. Sie müssten deshalb mit hohem Aufwand verstärkt werden. Allein in das Verteilnetz für Strom müssen nach Angaben der Westenergie-Chefin bis 2035 im Jahresdurchschnitt zwölf bis 16 Milliarden Euro jährlich gesteckt werden – gut das Dreifache der Summe in den vergangenen zehn Jahren. Letztlich landen diese Kosten bei den Endkunden – entweder direkt über die Stromrechnung oder indirekt über Steuern.